



PALÄSTINA INFO

HALBJÄHRLICHE ZEITUNG
PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL UND PALÄSTINAKOMITEE ZÜRICH



Die anderen Israelis

Wenn vom Israel-Palästina-Konflikt gesprochen wird, denken die meisten an die Westbank oder Gazastreifen oder vielleicht noch an die in Region verstreuten Flüchtlinge. Kaum jemand denkt an die arabischen BürgerInnen von Israel, die gegen Diskriminierung und für gleiche Rechte in Israel kämpfen. Im Dezember 06 hat eine Erklärung von 40 arabischen Intellektuellen in Israel die Diskussion um den Status der PalästinenserInnen im jüdischen Staat neu entfacht.

„Die zukünftige Vision vom palästinensischen AraberInnen in Israel“ heisst das Dokument, das vom Higher Committee of Palestinian Arabs in Israel im letzten Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Alle wichtigen Sektoren der PalästinenserInnen in Israel waren an der Ausarbeitung beteiligt.

Die palästinensischen AraberInnen sind mit zahlreichen Diskriminierungen und überdurchschnittlich mit Armut konfrontiert. 53 Prozent der israelische PalästinenserInnen leben unter Armutsgrenze. Das Adalah-Zentrum (israelisches Menschenrechtszentrum für die arabische Minderheit in Israel) hat zusammen mit Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen im Februar dieses Jahres dem UN-Komitee für die Eliminierung rassistischer Diskriminierung (CERD) in Genf einen ausführlichen Bericht über die systematische und staatliche Diskriminierung vorgelegt.

Die Erklärung der palästinensischen Israelis verlangt aber nicht nur die Abschaffung individueller Diskriminierungen, sie verlangt auch kollektive Rechte für die arabische Minderheit. (rund 20 Prozent der israelischen Bevölkerung) Die Erklärung sieht in der ethnologischen/religiösen Definition von Israel die Ursache der systematischen Diskriminierung und verlangt deshalb eine Neudefinition Israels als multiethnisches und multireligiöser Staat. Die Gründungserklärung Israels (Verfassung gibt es bis heute keine) enthält zwar die Gleichheit für alle BürgerInnen unabhängig von Nationalität, Religion und Geschlecht, definiert den Israel aber als „jüdischen Staat“.

Die Erklärung der palästinensischen BürgerInnen hat in Israel heftige Reaktionen ausgelöst. 78 Prozent der jüdischen israelische Bevölkerung ist laut Umfragen zwar für die Gründung eines palästinensischen Staates an Seite Israels, gleichzeitig befürworten aber mehr als 60 Prozent den Transfer (oder Vertreibung) der arabischen BürgerInnen Israels in diesen Staat. Am deutlichsten bringt dies der neue rechtsextreme Minister Liebermann diese Mehrheitshaltung zum Ausdruck. Als Reaktion auf die Erklärung hat er die Forderung nach Transfer aller BürgerInnen erhoben, die die zionistischen Grundsätze Israels nicht anerkennen. Die Mehrheitsmeinung reicht aber auch bis weit in das israelische Friedenslager. Verschiedene Vertreter warfen den palästinensischen Israelis vor, dass sie mit ihrer Zukunftsvision den „jüdischen Charakter“ und damit Israel zerstören möchten. Eher interessant werden die Reaktionen der nicht zionistischen jüdischen und der arabischen Linken und die Stellungnahmen in der internationalen Solidaritätsbewegung sein. Oder wird letztere die Diskussion weiterhin ignorieren?

Der Bericht an das UNO-Komitee gegen rassistische Diskriminierung ist zu finden und die Erklärung „Future Vision of the Palestinian Arabs in Israel“ sind beide zu finden unter www.adalah.org.

Plakate von Marc Rudin

In dieser Nummer zeigen wir verschiedene Plakate, die Marc Rudin zwischen 1978 und 1991 in Beirut, später Damaskus für verschiedene linke palästinensische Bewegungen und Parteien entwarf und produzierte. Marc Rudin erlebte während seines Aufenthaltes die israelische Invasion im Libanon, die Massaker von Sabra und Shatila, den Golfkrieg 1991 und den Seitenwechsel des syrischen Re-

gimes. Marc engagierte sich vorher als Graphiker und Aktivist in verschiedenen 68er-Bewegungen von Bern bis Paris und als Musiker in verschiedenen Formationen.

Die Plakate wurden 1993 in der Ausstellung Marc Rudin / Jihad Mansour gezeigt. Wir danken Marc Rudin für die Genehmigung, die Plakate in dieser Nummer zu verwenden. Marc lebt und arbeitet heute in Zürich.

Spenden braucht's!

Unterstützt mit eurer Spende das Erscheinen des Palästina-Infos und die Kampagne 40 Jahre Besatzung/60 Jahre Nakba der Palästina-Solidarität Region Basel (siehe auch Kasten Seite 3). Die Zeitung finanziert sich durch den Verkauf zu 2 Franken und vor allem durch Spenden der LeserInnen (Gratisversand). Herzlichen Dank an die SpenderInnen der letzten Ausgabe!

Geldspenden an: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel, PC 40-756856-2

Mach mit in der Palästina-Solidarität!

Die Palästina-Solidarität trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat, um über die aktuelle Situation und unsere Aktivitäten zu reden. Jeden ersten Freitag im Monat organisieren wir zwischen 17.30 und 18.30 Uhr eine Mahnwache auf dem Barfüsserplatz in Basel. Die Treffen und Mahnwachen stehen allen Interessierten offen.

Wir suchen zudem immer Menschen, die bei Olivenölverkäufen in der Stadt mithelfen, sich journalistisch, gestalterisch oder durch praktische Mithilfe beim Versand am Palästina-Info beteiligen oder in Arbeitsgruppen, z.B. bei der Umsetzung der BDS-Kampagne (siehe Mittelteil BDS-Info), mitwirken.

Kontakt:

Palästina-Solidarität Region Basel
Mail: passo.bs@gmx.ch
Post: Postfach 4070, 4002 Basel
Fon: 079 644 65 86

Titelblatt:

Seite 3:

Seite 4:

Seite 6:

Seite 8:

40 Jahre sind zuviel!

(Redaktion) Am 5. Juni 2007 ist es 40 Jahre her, dass Israel im so genannten 6-Tage-Krieg (5.-10. Juni 1967) die Westbank von Jordanien, den Sinai und den Gazastreifen von Ägypten und die Golanhöhen von Syrien besetzt hat. In diesen besetzten Gebieten leben heute 5 Millionen PalästinenserInnen auf engstem Raum und unter der direkten Kontrolle der israelischen Armee,



Traurige Jubiläen 40 Jahre Besatzung / 60 Jahre Vertreibung

„Am 15. Mai 2008 jährt sich zum 60. Mal die Gründung des Staates Israel — für Millionen von PalästinenserInnen bedeutet das 60 Jahre „Nakba“ (Katastrophe). Vor 40 Jahren, am 5. Juni 2007, wurden Ost-Jerusalem, die Westbank und Gaza (sowie der syrische Golan) besetzt. Seit 60 Jahren bedeutet die Politik von Israel für die PalästinenserInnen: Massaker (Deir Yassin u.a.), Vertreibung, Flucht, Verlust der Heimat und der nationalen Identität, Zerstörung von Häusern und Kulturen, von Wirtschaft und Landwirtschaft, Einsperrung zwischen Mauern, Barrieren und Checkpoints, tägliche Diskriminierung, Armut und Unterentwicklung...“ (Aufruf der Palästina-Solidarität Region Basel) Palästinensische NGO's, die schon den Aufruf für Boykott, Deinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israels Apartheid lanciert hatten, haben die internationale Solidaritätsbewegung anlässlich den zwei Jahrestagen zu Solidaritätsaktionen aufgerufen. Das Ziel der Aktionen soll das Ende der Besatzung, die Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und die Gleichberechtigung der arabischen BürgerInnen Israels sein.

Aktionen gegen die israelische Besatzung

Am 9. Juni werden in verschiedenen Ländern Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen zu 40 Jahre Besatzung und für deren Ende stattfinden. In der Schweiz hat sich ein nationales Aktionsbündnis aus Kirchen, Solidaritätsgruppen und KriegsgegnerInnen zusammengefunden, dass neben einer Menschenkette in Genf am 9. Juni diverse Aktionen und Veranstaltungen in einer landesweiten Aktionswoche organisiert. Gemeinsamer Nenner ist die Forderung nach einem Ende der Besatzung. Informationen über alle Veranstaltungen findet ihr unter:

www.nahostfrieden.ch oder
www.bds-info.ch.

Im Dezember 1987, 20 Jahre danach, brach in der Westbank und im Gazastreifen ein Volksaufstand gegen die Besatzungsmacht aus. Die erste Intifada dauerte 5 Jahre, in denen sich die palästinensische Bevölkerung kreativ, und meist mit gewaltfreien Mitteln, gegen das unerträgliche Besatzungsregime wehrte. Israel unterdrückte den Aufstand mit der Verhaftung von tausenden von AktivistInnen und der Erschiessung von mehreren hundert Zivilpersonen.

Mit den Osloer Vereinbarungen und der Rückkehr der PLO-Führung aus dem Exil erhoffte sich Israel eine Beruhigung und dass der palästinensische Rumpfstaat mit seinem riesigen Polizeiapparat den Widerstand beende. Israel untergrub aber mit seiner massiven Kolonialisierung und der zunehmenden Abriegelung der palästinensischen Gebiete selbst die Bemühungen der palästinensischen Führer. Das faktische Ende der Osloer Verträge hinterliess nicht nur eine korrupte und politisch geschwächte PLO-Garde, sondern auch eine verarmte und isolierte Bevölkerung, die sich in einer zweiten Intifada meist verzweifelt und ohne gemeinsame Orientierung gegen die Besatzung, und gegen ihre eigene Führung, wehrte.

Israel versuchte seit 2002 mit noch massiverer Repression und vollstän-

diger Abriegelung dem Widerstand Herr zu werden. Die Wahl der Hamas war Ausdruck dieser Situation. Die westlichen Regierungen nahmen es als Anlass, um ihre Unterstützung für Israel zu verstärken und sie mit ihrem Krieg gegen den Terror zu verbinden. Einmal mehr hat sich die Situation der palästinensischen Bevölkerung verschlechtert und trotzdem: Der Widerstand der Bevölkerung ist ungebrochen und findet in den zahlreichen Aktionen gegen den Bau der Apartheidsmauer ihren Ausdruck.

Am hartnäckigen und oft sehr kreativen und vielseitigen Widerstand der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten kann es nicht liegen, dass die Besatzung jetzt schon 40 Jahre dauert, sondern an unseren Regierungen, die die illegale und brutale Besatzung dulden und unterstützen und an uns, die wir unsere Regierungen nicht zu einer menschenrechtskonformen Politik zwingen konnten.

Und was macht da unsere kleine Zeitung? Wir schreiben über den vielseitigen Widerstand und die Kreativität der Bevölkerung, regen Diskussionen in der internationalen Solidaritätsgemeinschaft an, werben für Boykott und Sanktionen gegen Israel und hoffen, dass die Besatzung nicht nochmals 40 Jahre dauert.

Besatzung und internationales Recht

Illegal, aber niemand kümmert's

(step)Israels Besatzungspolitik verstößt in mehrerer Hinsicht gegen das Humanitäre Völkerrecht. Nach 40 Jahren Besatzung wäre es längst an der Zeit, dass auch die strengeren Regeln der Menschenrechte zur Anwendung kommen.



Zum Besatzungsalltag vieler PalästinenserInnen gehören lang andauernde Ausgangssperren und ihre gewaltsame Durchsetzung, gewalttätige Übergriffe in Haftanstalten, inhumane Verhörmethoden, Landesentzug durch den Siedlungsbau, privilegierter Wasserzugang der Siedler, Verschleppungen und verhinderte Familienzusammenführungen, Ausreisesperren, Verhinderung der Ausbildung durch Schliessung von Schulen oder Durchgangsverweigerungen für StudentInnen, Zerstörung von Häusern, Verweigerung des rechtlichen Gehörs vor israelischen Gerichten und wirtschaftliche Diskriminierungen. Diese Menschenrechtsverletzungen verstossen, wie schon so oft festgehalten, gegen das Humanitäre Völkerrecht.

Das Humanitäre Völkerrecht (sog. Kriegsrecht), zu dem auch die vier viel zitierten Genfer Konventionen von 1949 gehören, enthält Regeln, die in Kriegszeiten Personen schützen sollen, die nicht an den Feindseligkeiten teilnehmen. Häufig wird dabei vergessen, dass das Humanitäre Völkerrecht diesen Schutz nur im Sinne von Minimalgarantien gewährleistet. Deshalb drängt sich

die Frage auf, ob es im Falle einer nicht nur vorübergehenden Besatzung überhaupt angebracht ist, das Regime des Kriegsrechts weiterhin aufrecht zu erhalten, oder ob nicht der weitergehende Schutz der Universellen Menschenrechte, wie sie in Friedenszeiten gelten, zur Anwendung gelangen muss.

Pflichten der Besatzungsmacht unter dem Regime des Humanitären Völkerrechts

Ausgehend von der Idee, dass ein Krieg oder eine Besatzung als Ausnahmezustand die Universellen Menschenrechte vorübergehend ausser Kraft setzt, hat das humanitäre Völkerrecht zum Ziel, zumindest die fundamentalsten Rechte der zivilen Bevölkerung zu schützen. Aus dem Artikel 43 des IV. Haager Abkommens von 1907 lassen sich vier fundamentale Prinzipien ableiten, die das Verhalten

einer Besatzungsmacht bestimmen sollten:

1. Der geforderte Respekt gegenüber dem lokalen Recht zeigt, dass die Besatzung als ein temporärer, vorübergehender Zustand verstanden wird. Folgt man diesem Prinzip, so muss die Besatzungsmacht das betroffene Gebiet der Bevölkerung überlassen und darf keine eigenen Staatsangehörigen ansiedeln. Dieser Grundsatz wird in Artikel 49 der IV. Genfer Konvention wiederholt. Der Bau von Siedlungen begann direkt nach der Besatzung und dauert bis heute an. Die Internationale Gemeinschaft sieht in der Siedlungspolitik eine klare Verletzung dieses Prinzips.

2. Die Besatzungsmacht ist gehalten, das besetzte Gebiet auch tatsächlich zu verwalten. Die IV. Genfer Konvention erwähnt eine besondere Verantwortung für das Schicksal der Kinder und ihrer Ausbildung (Artikel 50), für die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens (Artikel 56) und für die Versorgung mit Lebensmitteln (Artikel 55). Allgemein gilt, dass die Behörden, die Verwaltungseinrichtungen sowie die privaten und öffentlichen Institutionen der besetzten Gebiete weiter funktionieren dürfen (Artikel 54, 63 und 64).

3. Das lokale Recht muss respektiert werden. Zwar sieht Artikel 64 der IV. Genfer Konvention die Möglichkeit des Erlasses von Sondergesetzen durch die Besatzungsmacht vor, dies jedoch nur zur Verwaltung und Verteidigung der eigenen Streitkräfte oder zur Durchsetzung der Genfer Konventionen. Veränderungen des Rechtssystems, welche andere Zwecke verfolgen, sind als illegal und mit dem internationalen Recht als nicht vereinbar anzusehen. Der Besatzungsmacht kommt keine generelle legislative Gewalt zu. Die israelische Militärverwaltung hat in den 40 Jahren der Besatzung tausende Anordnungen erlassen, welche vom Militär sowie von den israelischen Gerichten als gültiges Recht anerkannt werden. Viele dieser Anordnungen gehen weit über den in

der Konvention vorgesehenen Bereich und verdrängen das vor der Besetzung geltende Recht. Israel verletzt dadurch Artikel 64 der IV. Genfer Konvention.

4. Die Bevölkerung soll im Rahmen des Möglichen in normaler Weise weiterleben können. Dazu enthalten die Haager Abkommen von 1907 und die IV. Genfer Konvention Bestimmungen betreffend einem minimalen humanitären Schutz. Diese Bestimmungen wie bspw. das Verbot von Kollektivstrafen, Geiselnahmen, Folter, Deportationen und anderen grausamen und unmenschlichen Behandlungen garantieren lediglich einen Minimalstandard. Die lang anhaltende Besetzung durch Israel wirft Fragen bezüglich der Legitimation des Humanitären Völkerrechts auf, welches die Besetzung ja grundsätzlich als zeitlich limitierten, vorübergehenden Zustand begreift.

Anwendung der Universellen Menschenrechte auf den Fall einer lang andauernden Besetzung



Der Gazastreifen, die Westbank und Ostjerusalem befinden sich seit 40 Jahren unter der Besatzungsmacht Israels. Sollten Fälle solcher lang andauernden Besetzungen also als Spezialfälle behandelt, vom Regime des Humanitären Völkerrechts ausgenommen und unter die allgemeingültigen Menschenrechtsbestimmungen gestellt werden? Den status quo ante zu bewahren, kann sich nach einer gewissen Zeit auch negativ auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung auswirken. In diesen Fällen erweist sich das Regime des Internationalen humanitären Völkerrechts als unzureichend, stattdessen sollten die anderen internationalen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte die Besatzungsmacht bei der Verwaltung der besetzten Gebiete binden, genauso wie sich zivile Regierungen an diese Regeln halten müssen. Das Kriegsrecht weist gerade in so essenziellen Gebieten wie der Entwicklung der lokalen Wirtschaft und der Ausübung der politischen Rechte Lücken auf. Diese erfordern eine gewisse Dynamik und Initiative und nicht ein Erhalten des früheren Zustandes. Zudem gewährt das Kriegsrecht der Besatzungsmacht einen grossen Spielraum bezüglich Massnahmen zur eigenen Sicherheit,



der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Kontrolle der Medien etc. Eine Anwendung der Universellen Menschenrechte auf die Situation einer langjährigen Besetzung ginge auch mit der allgemeinen Entwicklung der internationalen Menschenrechte konform. Die Entwicklung bewegt sich weg von dem Konzept der souveränen, hin zu der tatsächlich territorial ausgeübten Staatsgewalt.

Auch wenn dieser Forderung nach der Anwendung der allgemeingültigen Menschenrechte noch nicht nachgekommen wird, ist die Internationale Gemeinschaft dennoch aufgerufen, zumindest dem Humanitären Völkerrecht zum Durchbruch zu verhelfen. Nach Artikel 1 der IV. Genfer Konvention haben die Vertragsparteien die Pflicht, diesen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Das Funktionieren dieses Schutzsystems im Sinne von Minimalgarantien erfordert nicht nur das Einhalten der Bestimmungen durch die Vertragsparteien, sondern verlangt von diesen auch, alles zu unternehmen, um dem Humanitären Völkerrecht universelle Geltung zu verschaffen.

40 Jahre Besatzung, 20 Jahre Intifada..

(ud)Die palästinensische Bevölkerung in der besetzten Westbank und im Gazastreifen verarmt in den zwei israelischen Freiluftgefängnissen, während die zwei führenden politischen Parteien sich bekriegen. Wie kann die Situation verändert werden? Wir sprachen mit Gilbert Achcar, der den palästinensischen Widerstand seit Jahrzehnten verfolgt, über die Zukunft des Widerstandes und die Rolle der internationalen Solidaritätsbewegung.



Armut, keine Bewegungsfreiheit und dauernde Repression der Besatzungsmacht – trotzdem ist der Widerstand in der Bevölkerung tief verankert. Warum ist dieser Widerstand so hartnäckig?

Dieser Widerstand ist wirklich sehr beeindruckend in einer sehr schwierigen Situation. Und das seit langem, insbesondere seit der ersten Intifada. Sie begann im Dezember 1987, dieses Jahr werden es also 20 Jahre sein. Repression gab es schon vorher, aber

nach Beginn der Intifada wurde sie viel massiver.

Den Widerstandsgeist zu erklären, ist schwierig. Es gab sicher immer wieder Resignation, aber die Unterdrückung war so massiv, dass der Widerstand immer wieder aufflammte, zum Teil verzweifelt wie die Selbstmordattentate.

Heutereden alle politischen Fraktionen von einem palästinensischen Staat in

der Westbank und dem Gazastreifen. Verstehen alle das gleiche darunter?

Nein, die Interpretationen sind sehr unterschiedlich. Heute gibt es einen breiten Konsens, dass die erdrückende Besatzung in der Westbank und im Gazastreifen durch politische Autonomie und Selbstbestimmung ersetzt werden muss. Die palästinensische Rechte sieht dies als Kompromiss und Schritt zur Koexistenz mit dem Staat Israel. Seit Oslo ist die dominierende Fraktion in der PLO, damals unter Führung von Jassir Arafat, bereit, viele Konzessionen einzugehen, um sich als Staatsapparat in einem Teil der 1967 besetzten Gebiete einzurichten. Die Hamas, die eine maximalistische Linie vertritt und einen islamischen Staat in ganz Palästina errichten will, befürwortet dies aus taktischen Gründen als ersten Schritt. Diese zwei Extreme liegen weit auseinander.

In der Solidaritätsbewegung gibt es Zweifel, ob die Zwei-Staaten-Lösung überhaupt umsetzbar ist?

Ich glaube nicht, dass es Sache der Solidaritätsbewegung ist, hypothetische Perspektiven zu diskutieren. Wir müssen für das Recht der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung kämpfen. Es ist ihre Freiheit zu entscheiden, was ihnen dient. Ich kann die PalästinenserInnen nicht dafür kritisieren, dass sie zuerst für die Beendigung der Besatzung kämpfen. Dies ist eine Forderung der überwiegenden Mehrheit der PalästinenserInnen, auch wenn ich beim jetzigen Kräfteverhältnis skeptisch über die Lebensfähigkeit und die Möglichkeit der Selbstbestimmung eines palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten denke. Ich finde es auch bedauerlich, wenn verschiedene Teile der Bewegung theoretische Diskussionen über Ein- oder Zwei-staatenlösungen in den Vordergrund stellen, statt konkrete Aktionen gegen die Mauer und gegen die Besatzung zu unternehmen.

Es gibt in der internationalen Solidaritätsbewegung eine Kontroverse,

ob man das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge unterstützen soll oder ob diese Forderung nicht für eine Friedenslösung aufgegeben werden soll?

Ich glaube wiederum, dass es nicht die Sache von Menschen ausserhalb sein sollte, an Stelle der PalästinenserInnen zu entscheiden. Es ist unglaublich zu vertreten, dass Menschen, die von ihrem Land vertrieben wurden, nicht auf ihr Rückkehrrecht bestehen sollen. Eine Bevölkerung, die widerrechtlich aus einem Gebiet vertrieben wurde oder – um den zionistischen Diskurs aufzunehmen – freiwillig ging, hat das Recht, zurückzukehren.

Unsere Regierungen und die Medien verlangen immer wieder, dass die PalästinenserInnen das Existenzrecht von Israel anerkennen. Warum haben die PalästinenserInnen solche Schwierigkeiten damit?

Aus dem simplen Grund, dass Israel die Rechte der palästinensischen Bevölkerung nicht anerkennt. Erinnern wir uns an die Osloer Verträge: Arafat anerkannte das Existenzrecht von Israel, Rabin anerkannte nur die PLO. Das ist nicht das Gleiche. Es gibt von israelischer Seite überhaupt keine Anerkennung der Rechte der PalästinenserInnen.

Saudi-Arabien hat sich stark für das Abkommen von Mekka eingesetzt. Aufgrund welcher Interessen unterstützen die arabischen Regime die PalästinenserInnen?

Es gibt keine Einheit der arabischen Regime. Am aktivsten sind die Partner von Washington, Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien. Die Regime sorgen sich um die Stabilität ihrer Macht, nicht um die Interessen der palästinensischen Bevölkerung. Die Alliierten der USA wollen endlich Ruhe. Die palästinensische Sache ist eine dauernde Quelle von antiimperialistischen Radikalisierungen in der arabischen Bevölkerung. Hier liegt auch das Interesse von Saudi-Arabien an einer Übereinkunft zwischen Fatah und Hamas.

Bedeutet die bewaffneten Kämpfe zwischen Fatah und Hamas, die zum Teil mit Waffen und Geldern der USA und Israels ausgetragen werden, das Ende der PLO?

Es gibt in der Fatah zwei Fraktionen. Die eine ist mit den USA und sogar mit Israel verbunden. Ihr bekanntester Vertreter ist Dahlan, eine Art Mafiachef. Die andere Fraktion ist stärker mit den arabischen Regimen verbunden. Sie wird durch Abbas vertreten und strebt eine innerpalästinensische Übereinkunft an. Sie fürchtet sich vor den Folgen eines Bürgerkrieges. Zwischen Fatah und Hamas gibt es seit dem Gefangenenmanifest bis zum Übereinkommen von Mekka Verhandlungen. Die Erneuerung der PLO war Teil dieser Diskussionen. Die Hamas ist bereit, sich in die PLO zu integrieren, wenn die PLO demokratisiert wird. Gemäss der Übereinkunft der Fraktionen vom Juni sollten die PLO-Organen aufgrund interner demokratischer Wahlen neu zusammengesetzt werden, damit die PLO die politischen Kräfteverhältnisse der palästinensischen Bevölkerung wiedergibt und nicht wie bisher unter exklusiver Kontrolle der Fatah steht.

Siehst du eine Chance, dass die PLO demokratisiert und erneuert wird?

Um ehrlich zu sein: Ich bin skeptisch. Es wird vom innerpalästinensischen Prozess und von der Haltung Israels abhängen. Wenn Israel weiterhin nicht zu minimalen Konzessionen bereit ist, wie dies auch Arafat erhoffte, werden sich die Reihen der PalästinenserInnen wieder schliessen, so dass eine Neuverteilung der Macht innerhalb der PLO möglich wird. Wenn Israel bereit ist, über Kompromisse zu verhandeln, die der palästinensischen Rechten erlauben, das Gesicht zu wahren, dann könnte letztere einen Kompromiss mit Israel suchen, auch zum Preis eines Bürgerkrieges. Deshalb gibt es heute diesen widersprüchlichen Prozess. Condoleezza Rice förderte die Verhandlungen zwischen Olmert und Abbas, um den Prozess von Mekka zu stoppen und Abbas in der Konfrontation mit der Hamas zu stärken. Aber es gibt so viele Kräfte und unterschiedliche Interessen, dass es nicht möglich ist, Prognosen zu stellen. Wir müssen die Entwicklung in den nächsten Monaten verfolgen.

Unter dem aktuellen Kräfteverhältnis scheint eine Lösung blockiert. Siehst du Kräfte, die dies ändern können?

Was die PalästinenserInnen tun können, scheint unter dem aktuellen Kräfteverhältnis sehr begrenzt zu sein. Das ist die tragische Seite dieses Kampfes. Auch wenn die PalästinenserInnen geeint wären, ist das Kräfteverhältnis erdrückend.

Zwei Faktoren könnten dies ändern: Zum einen ist die internationale Solidaritätsbewegung für die PalästinenserInnen sehr wichtig. Es gibt weltweit viele Sympathien für den Kampf der PalästinenserInnen, aber für einen effektiven Druck auf Israel bleibt noch vieles zu tun.

Ein weiterer strategischer Faktor wäre eine israelische Bewegung, die sich gegen die Fortsetzung des Krieges, gegen die Unterdrückung der PalästinenserInnen und für die Anerkennung ihrer Rechte oder mindestens eines Teils davon einsetzt. Ich glaube, diese zwei Faktoren könnten das Kräfteverhältnis am ehesten verändern.

Man könnte noch ein drittes Element hinzufügen: eine fortschrittliche Bewegung im arabischen Raum. Doch dies ist noch schwieriger abzusehen. Was es heute gibt, sind islamistische Bewegungen, die aber die Glaubwürdigkeit der internationalen Solidaritätsbewegung untergraben und die israelische Friedensbewegung schwächen.

Angesichts der tragischen Situation der palästinensischen Bevölkerung ist es dringender denn je, die Solidarität zu verstärken.



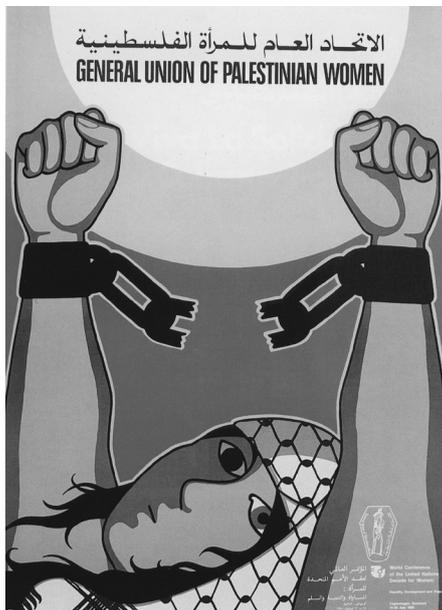
Zur Person

Gilbert Achcar lebte lange im Libanon, bevor er nach Frankreich und Deutschland auswanderte. Seit Jahrzehnten verfolgt er die palästinensische Befreiungsbewegung und hat dazu verschiedene Bücher und Artikel verfasst. Er lehrt Politikwissenschaft an der Universität Paris VIII und ist Forscher am Centre Marc Bloch in Berlin.

Auf Deutsch ist von Gilbert Achcar und Michael Warschawski neu das Buch „33-Tage-Krieg“, eine Hintergrundanalyse zum jüngsten Libanonkrieg, erschienen (Edition Nautilus).

Frauen zwischen Patriarchat und Krieg

(cs) In Palästina leiden alle – am meisten aber die Frauen: Betroffen sind diese nicht nur von der israelischen Besatzung, die zu Armut, Zerstörung und Gewalt führt. Gleichzeitig leben sie in einer traditionell patriarchalen Gesellschaft, deren Zwänge durch die Besatzung verstärkt werden. Trotz schlechter Ausgangslage wehren sich Frauen in Palästina für ihre Anliegen.



Palästinensische Frauen stehen vor einer dreifachen Herausforderung, ihre Rechte einzufordern: als Palästinenserinnen unter der israelische Besatzungsmacht, die alle Aspekte ihres Alltagsleben kontrolliert; als Frauen in einer Gesellschaft, die von patriarchalen Sitten geprägt ist; und als ungleiche Gesellschaftsmitglieder auf dem Hintergrund diskriminierender Gesetze. Die jahrzehntelange israelische Besatzung schränkte die Entwicklungsmöglichkeiten der palästinensischen Gesellschaft dramatisch ein und verstärkt Gewalt und Diskriminierung speziell gegenüber Frauen.

Abhängigkeit und Gewalt

Wenn Häuser zerstört und Familien obdachlos werden, tragen die Frauen die Hauptlast das Familienleben wiederherzustellen. In den meisten Fällen sind Familien aufgrund fehlender finanzieller Mittel gezwungen, bei Verwandten unterzukommen. Diese haben oft nicht den benötigten Raum um eine zusätzliche Familie zu beherbergen. Weil Frauen mehr Zeit zu Hause verbringen, sind sie auch stär-

ker von den Unannehmlichkeiten, etwa dem Verlust der Privatsphäre, betroffen. Mütter fühlen sich in ihrer Rolle als Autoritätsperson wie auch als emotionale und materielle Unterstützungsquelle für ihre Kinder oftmals unterlaufen. Ihre Verletzlichkeit findet im Kontext allgemeiner Überlebensschwierigkeiten im Alltag nicht genügend Raum und Anerkennung. Häusliche Gewalt findet sich denn auch verstärkt, wenn Familien und weitere Personen in einer mangelhaften oder gar prekären Behausung leben - insbesondere vor und während einer Zwangsvertreibung. Die Abhängigkeit von Verwandten lässt besonders Frauen, deren Ehemänner getötet wurden oder die sich in Gefangenschaft befinden, verletzlich für Druckausübung und Kontrolle durch männliche Familienmitglieder werden.

Patriarchale Strömungen im Aufwind

Während der Ersten Intifada (1987–1993) war die palästinensische Gesellschaft zunehmender Gewalt durch die israelische Besatzung ausgesetzt. Diese Gewaltkonstellation ging mit einer Zunahme von Gewalt und Gewaltdrohungen gegen Frauen im öffentlichen und privaten Raum einher. Derselbe Trend ist auch seit Ausbruch der Zweiten Intifada (nach 2000) ersichtlich. Während in der Ersten Intifada Frauen aktiv als zivile Gesellschaftsbewegung teilnahmen, haben nun bewaffnete Gruppierungen und traditionelle Strukturen an Autorität gewonnen. Frauen stehen unter verstärktem Druck, sich zu gewissen Interpretationen von traditionellen und religiösen Sitten konform zu verhalten um die Familienehre zu wahren.

Viele Frauen sehen sich gezwungen auswärts nach Arbeit zu suchen, weil ihre Männer unter anderm wegen den Restriktionen seitens der Besatzung arbeitslos sind. Damit wird die Geschlechterrollenverteilung (Mann = Familienernährer) plötzlich und unfreiwillig umgekehrt, was zu familiären Spannungen führen kann. Viele Män-

ner fühlen sich hilflos, in ihrem Status verunsichert und versuchen, mit gewalttätigen Mitteln die Kontrolle über die Familie zu behaupten.

Je grösser die externe Bedrohung, desto weniger Gelegenheit bleibt um häusliche Angelegenheiten anzusprechen und zu klären - insbesondere solche, die in der palästinensischen Gesellschaft als kontrovers oder sensitiv gelten, wie Geschlechterbelange und das patriarchale System. Schädliche Praktiken – etwa gezwungene und frühe Ehe, Frauenvererbung und Polygamie – finden wahrscheinlicher statt. Opfer von ehelicher oder familiärer Gewalt nehmen sich nicht das Recht zu klagen, wenn ihre Verwandten an Gewalttaten wie Mord, Gefangenschaft, Hauszerstörung oder extremer Armut leiden, die als schlimmer angesehen werden.

Und trotzdem: Frauen im Widerstand!

Ein bedeutendes Zeichen des Widerstandes ist im Alltag zu finden: Die palästinensischen Frauen meistern unter diesen dramatischen Lebensumständen die Alltagsarbeiten, ziehen ihre Kinder auf und tragen entscheidend zum Unterhalt und Stabilität ihrer Familien und der Nachbarschaft bei. Palästinensische Frauen haben sich im Widerstand gegen die Besatzung und einschneidende patriarchale Gesellschaftszwänge organisiert. So zum Beispiel die Organisation „Women Centre for Legal Aid and Counselling“, die sich breit mit Kampagnen für Frauenrechte einsetzt, Anlaufpunkt ist für Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, und speziell auf die Lage von palästinensischen Frauen unter Besatzung informiert und sensibilisiert.

Quelle und mehr Informationen:

Israel and the Occupied Territories. Conflict, occupation and patriarchy. Women carry the burdens. Amnesty International. March 31th 2005. (Zitate wurden übersetzt.)

Frauenorganisationen, die sich engagieren gegen die Folgen der Besatzung und für den Aufbau einer demokratischen palästinensischen Gesellschaft, die auf den Prinzipien der von Geschlechtergleichheit und sozialer Gerechtigkeit aufbaut basiert:

Palästinensische Frauen fordern ihren Platz im Fussball

(val) Den Alltag in für uns banalen Tagesbeschäftigungen aufrechtzuerhalten, ist in den besetzten Gebieten eine kräftezehrende Angelegenheit und gleichzeitig eine tägliche Form von Widerstand. Gerade auch dem Sport kommt in diesem Leben im Ausnahmezustand eine wichtige Rolle zu. Einige Frauen erobern sich in dieser Situation trotz aller erdenklichen Einschränkungen ihren Platz, beispielsweise im Fussball. Der folgende Artikel handelt von dem Frauenfussball-Nationalteam und seinen Spielerinnen, die so in der (Fussball-)Welt Palästina vertreten.



„Bei uns wird stets gesagt, dass Buben besser sind, Männer besser sind“, sagt Samar al-Araj, eine der Fussballpionierinnen der West-Bank und die Fitnesstrainerin des Nationalteams. Wenn Frauen Fussball spielen, gibt ihnen dies ein Gefühl von Gleichberechtigung. Die Frauen haben grosse Zukunftsträume wie: Profi zu werden oder andere zu trainieren, ein sonst „unbekanntes Land“ für palästinensische Frauen. Vorbilder sind jedoch nach wie vor bekannte Fussballspieler.

In den besetzten palästinensischen Gebieten ist die Bewegung des Frauenfussballs noch sehr bescheiden: Es gibt seit drei Jahren nur vier Teams, was für eine Liga nicht ausreichend ist. Die zwei Dutzend Spielerinnen aus Gaza stoppten 2006 ihre Trainings während der fünfmonatigen israelischen Militäroffensive. In der Westbank ist das einzige regulär grosse Spielfeld in Jericho zwar nur 18 Meilen entfernt, aber nur durch eine Anzahl von Checkpoints erreichbar. Die Frauen trainieren oft fünf gegen fünf auf Betonfeldern oder in der Halle. Dazu wird

ihnen für ihre Ausgaben nur das Minimum von 10% des Jahresetats des palästinensischen Fussballverbandes(?) zugesprochen.

Der letzte Trainer ist nach den westasiatischen Meisterschaften in Jordanien zurückgetreten. Er wurde auf der Hinreise an der Grenze während Stunden von israelischer wie auch von jordanischer (?) Seite festgehalten und befragt. Diese Erfahrung traumatisierte ihn so sehr, dass er sein Amt aufgab. Die Spielerinnen verpassten derweil wegen des festgehaltenen Trainers den Spielantritt und konnten nur dank dem Goodwill der Turnierleitung ihr Spiel auf den nächsten Tag verschieben. Nationalmannschaftsspielerin Jacklin Jazrawi, 20, sagt, dass ihre Eltern sie bei ihren Spielen anfeuern kommen und sie von ihren MitstudentInnen der Bethlehem Universität viel Respekt dafür erhält, dass sie für Palästina spielt. Nevine Kleib, 22, kickte von klein auf mit ihren Brüdern und träumt heute von einer Profikarriere.

In Syrien wurde Palästina letztes von acht Teams und verlor alle vier Spiele. Insgesamt ist das Nationalteam

ohne Sieg in sieben Spielen. Aber Trainer Hilal sagt, die Frauen würden sich, angesichts der logistischen Problemen und der Vorbereitungsschwierigkeiten, gut schlagen. Die Nationalspielerinnen aus Gaza und der Westbank können sich jeweils nur auswärts zu einem kurzen Training treffen, bevor sie gemeinsam antreten. Gemeinsame Trainings sind sonst durch die unzähligen Checkpoints und die israelischen Reiseperrren für beide Teams aus den besetzten Gebieten völlig undenkbar. Hilal hatte vor dem Spiel in Alexandria zwei Tage Zeit, um zwei sich fremde Gruppen zu einem Team zu formen. Für Al-Araj sind bereits die öffentlich trainierenden Mädchen und Frauen eine grosser gesellschaftlicher Fortschritt. Zu ihrer Studienzeit an der Sportsschule in Jordanien vor mehr als 20 Jahren war Fussball für die Studentinnen gesperrt gewesen. Erwünscht und erlaubt waren Aerobic, Volleyball oder Tennis (in der Halle). Laut Hilal verbreitet der Sport sich zunehmend unter den jüngeren Mädchen. Dieses Jahr begann er mit dem Training von Viertklässlerinnen in einer katholischen Schule in der Umgebung von Bethlehem. Eine der besten Spielerinnen im Nationalteam ist gerade 12 Jahre alt. Jazrawi überlegt sich ernsthaft eine Karriere als Trainerin: „Ich würde gerne den Fussball über ganz Palästina verbreiten.“

Quelle Karin Laub, veröffentlicht am 14. Dezember 2006 auf: www.washingtonpost.com

Women Centre for Legal Aid and Counselling (WCLAC) <http://www.wclac.org/links/rights.html> General Union of Palestinian Women (GUPW) <http://www.gupw.net> The Jerusalem Center for Women (JCW) <http://www.j-c-w.org> Palestinian Working Women Society (PWWS) <http://www.pwwsd.org> Women's Studies Center <http://www.wameed.org/>

Rappen gegen israelische Attacken

(step) Gerade in Zeiten besonders harter israelischer Besatzung greifen Jugendliche in der Westbank und im Gaza-Streifen zum Rap. Durch ihre Musik leben sie eine Form von Widerstand und verschaffen sich Gehör weit über die eng gesteckten Grenzen der besetzten Gebiete hinaus. Auch in Israel sind es solche jungen Künstler, welche mit arabischen Worten und HipHop-Klängen die täglichen Diskriminierungen der palästinensischen Minderheiten unmissverständlich anprangern. Während der zweiten Intifada sprossen die HipHop-Gruppen in Israel und in den palästinensischen Territorien aus dem Boden. Jad Abbas von der Gruppe Ramallah Underground (Westbank) und Mohammed Al Farra (Gaza-Streifen) gehören zu den Pionieren der Szene. Früher gehörten sie zu jenen, die Steine warfen; heute suchen sie nach neuen Wegen. In ihrer Musik geht es um die



Besatzung, um palästinensische Rechte und um Checkpoints: um ihr alltägliches Leben eben - und um ihre Wut. Der HipHop ist längst zu einem Sprachrohr der palästinensischen Jugend geworden. Heute ist Gaza mit

45 Rap-Gruppen nach Algerien der Ort mit der grössten HipHop-Dichte in der arabischen Welt. In Israel erlebt und verarbeitet Tamer Nafar von der Gruppe DAM (Israel) die alltägliche Diskriminierungen in seinen Lyrics. Bei ihm geht die Kritik an Israel einher mit einer Sensibilität gegenüber Diskriminierung in der arabischen Welt generell. In Zeiten der religiösen Radikalisierung erfährt die HipHop-Kultur auch in der eigenen Gesellschaft wenig Rückhalt. Kaum jemand liebt sie, die palästinensischen Rapper. Aber sie lieben sich und ihre Musik. Übers Internet halten sie ihr jugendliches Publikum informiert und den Kontakt untereinander. Weit kann man sich nicht bewegen in den besetzten Gebieten. Nur durch den Rap überschreiten sie Grenzen, genauer gesagt: die israelische Mauer.

(Quelle Charlotte Misselwitz in Berliner Zeitung, Nummer 270, 18./19. November 2006, S.12)
Webseiten mit ihrer Musik:
www.ramallahunderground.com und
www.dampalestine.com

Literatur gegen Unterdrückung und Besatzung

(val) „Die Poesie hat das Recht, die Hoffnungslosigkeit auszudrücken... Ich kenne keine grosse Dichtung, die das Ergebnis grosser Siege wäre – angefangen bei den griechischen Tragödien. Das Mitgefühl mit den Opfern bewegt uns viel mehr als die Ruhmestaten der Sieger. Ich habe das Recht als Dichter, die Niederlage zu bekennen und zu beschreiben. Ich nehme Partei für Troja, weil Troja das Opfer ist. Meine Erziehung, meine Daseinsform und meine Erfahrungen sind die eines Opfers.... Vertauschen wir doch unsere Rollen. Ihr seid ein siegreiches Opfer, gespickt mit Nuklearsprengköpfen. Wir sind ein der Herrschaft unterworfenen Opfer, gespickt mit poetischen Köpfen. Ich weiss nicht, ob die poetische Überlegenheit uns eine nationale Legitimität verschafft. Aber die Poesie ist mein Beruf.“ (Zitat Mahmoud Darwish, Palästina als Metapher, S. 13).

Die Literatur besitzt für palästinensische SchriftstellerInnen in den besetzten Gebieten und in Israel verschiedene Bedeutungen und Funktionen. Auch hier dient sie der Herausarbeitung der eigenen Gedanken und Gefühle.

Gleichzeitig ist sie für viele jedoch auch eine Möglichkeit, gegen die eigenen Lebensumstände anzuschreiben. Eine Lyrikform der letzten 60 Jahre – Lyrik des palästinensischen Widerstandes – thematisierte die politischen Ereignisse.

Die palästinensische Literatur dient zur Erinnerung, zum kollektiven Gedächtnis, zur Wahrung der eigenen (verschütteten) Kultur. Besonders auch für die israelischen PalästinenserInnen ist die eigene Identitätszugehörigkeit zentral. Für SchriftstellerInnen wie etwa Mahmoud Darwish ist die Literatur eine Zuflucht vor dem Alltag im Ausnahmezustand, der Zerrissenheit und der Unterdrückung. Hier ist Literatur Ausdruck kultureller Selbstbehauptung und betont eindringlich die Existenz eines palästinensischen Volkes mit eigener nationaler Identität und Geschichte, das von Israel und einigen arabischen Staaten nicht anerkannt wurde und wird. Die durch die Vertreibung hervorgerufenen Exil- und Fremdheitserfahrungen üben einen Einfluss auf das palästinensische Selbstverständnis aus; andererseits formierte sich palästinensische Identität gerade in der Auseinandersetzung mit

der israelischen Gesellschaft, ihrer Bevölkerung und in der Fremdbewertung durch beide.

Eine Auswahl von palästinensischen SchriftstellerInnen, die auf Deutsch veröffentlichten:

Ibrahim Nasrallah
Emiliy Nasrallah
Dschabra Ibrahim Dschabra
Mahmout Darwish
Sahar Khalifa
Asmi Bischara
Chassan Kanafani
Sumaya Farhat-Naser
Sayed Kashua

Kompendien zur palästinensischen Literatur:

Karin Joggerst:
Getrennte Welten – Getrennte Geschichte(n)? Zur politischen Bedeutung von Erinnerungskultur im israelisch-palästinensischen Konflikt, LitVerlag. (kein Jahr?)

Khalid al-Maaly/ Mona Naggar:
Lexikon arabischer Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts, Palmyra, 2004.

Mahmoud Darwish:
Palästina als Metapher Gespräche über Literatur und Politik, Palmyra, 1998.

Rafik Schami (Hg.):
Angst im eigenen Land. Israelische und palästinensische Schriftsteller im Gespräch, Nagel & Kimche, 2001.

Was können InternationalistInnen in den besetzten Gebieten bewirken?

(Judith Welz) Sie sind zu Tausenden aus dem Ausland gekommen, um mit ihrer Präsenz die israelische Armee zur Einhaltung der Menschenrechte zu zwingen. Können Sie das oder sind sie nicht besser in ihren Ländern aktiv? Judith Welz hat während drei Monaten im besetzten Westjordanland PalästinenserInnen und InternationalistInnen zur ihre Rolle befragt.



Heute ist die heisse Phase des Krieges vorbei und die Rolle der internationalen AktivistInnen scheint im Umbruch, denn ihre Anwesenheit allein reicht nun nicht mehr, um etwas zu bewirken. In der Vergangenheit liess die ständige Notfallsituation wenig Zeit für intensive Strategiedebatten. Im April dieses Jahres gibt es nun eine Konferenz, in der palästinensische, israelische und internationale AktivistInnen die Modalitäten der Zusammenarbeit beleuchten. Laut Ghasan Andony, Mitbegründer des International Solidarity Movement (ISM), ist Partnerschaft das wirksamste, aber problematischste Konzept, da sie einerseits das meiste Engagement freisetzt, andererseits aber Missverständnisse hervorruft. Denn die Partner sind zwar gleichberechtigt, aber nicht gleich. Die AktivistInnen bringen einen unterschiedlichen Hintergrund mit, und es ist unklar, mit welchen Motiven die Menschen nach Palästina kommen. Unter den PalästinenserInnen ist man sich bewusst, dass viele vor der vermeintlichen Langlebigkeit des Westens flüchten, um ein paar aufregende Wochen oder Monate an einem surrealen Kriegsschauplatz zu verbringen.

Muhammad Katib vom Local Committee in Bil'in sagt, dass jede(r) eingeladen ist, freitags bei den friedlichen Protestveranstaltungen gegen die Apartheidmauer in seinem Ort mitzuwirken, sofern er/sie bereit ist, die palästinensische Führung im Feld zu akzeptieren. Zum einen geht es um die Sicherheit der Leute, die von ausen kommen und die Situation

selbst nicht gut einschätzen können, zum anderen um die Sicherheit der DorfbewohnerInnen, die oft die Rache des israelischen Militärs zu spüren bekommen. In der Vergangenheit ist es häufig vorgekommen, dass die Armee in der Nacht, wenn die InternationalistInnen und Israelis den Ort schon längst verlassen hatten, zurückkam.

Leider herrscht im Moment Personal-mangel in allen Organisationen, die Freiwillige aus dem Ausland rekrutieren. Paradoxerweise sinkt mit dem Gewaltpegel auch die Zahl der „SolidaritätstouristInnen“, was vielleicht damit zu tun hat, dass das unmittelbare Gefühl, dringend benötigt zu werden, entfällt. Fatima aus Südafrika, eine Langzeitaktivistin des International Women's Peace Service, kennt das Gefühl, überflüssig zu sein, und versucht in solchen Momenten, an die vielen kleinen Veränderungen zu denken, die sie und andere AktivistInnen bisher bewirken konnten. Vor ein paar Wochen konnte dank internationaler Präsenz einem Bauern aus Salfit einen solchen Argumentationsvorteil verschafft, dass der Verlauf der Mauer in seinem Feld um sieben Meter verschoben wurde. Vor allem die palästinensischen Frauen fühlen sich durch die Aktivistinnen zudem gestärkt und selbst zum politischen Handeln ermuntert.



Als oberster Grundsatz für InternationalistInnen sollte gelten: Initiativ sein, aber immer im gesellschaftlich akzeptablen Rahmen handeln. Manche Leute befürchten eine kulturelle Besatzung. Siham aus dem Aida-Camp in Bethlehem weiss, wie an-

ziehend der „easy“ Lebensstil der WestlerInnen auf junge Menschen wirkt. Auf die Frage, was sie von den Internationalen erwartet, sagt sie: Ein tieferes Verständnis unserer Kultur und dass die Leute zu Hause zum Gesehenen wirklich Stellung beziehen. Wie viele PalästinenserInnen ist sie nicht sehr überzeugt vom Engagement der Internationalen. Nach der Heimkehr gibt es wenig Rückmeldung von den Aktivitäten der BesucherInnen, und angesichts der sich ständig verschlechternden Lage liegt der Schluss nahe, dass sie ihre „Hausaufgaben“ nicht angemessen erledigen. Das Problem ist vielleicht auch die schwierige Vermittelbarkeit des Konfliktes. Viele AktivistInnen sind ziemlich enttäuscht, wenn sie mit ihren Erzählungen zu Hause auf Unverständnis und Desinteresse stossen. Daoud Nassar von „Zelt der Völker“ schlägt deshalb vor, Ungewöhnliches zu tun und mit positiven Nachrichten aus Palästina zu überraschen. Die Wenigsten wissen nämlich, wie viele palästinensische Taxifahrer ausgezeichnet Englisch sprechen oder dass die Frauen trotz Armut immer eine Möglichkeit finden, die Fremden zum Essen hereinzubitten oder dass die PalästinenserInnen sich liebend gerne Witze über die Besatzung erzählen. Solche Dinge würden das Interesse der Menschen wieder wecken und das Bild von den PalästinenserInnen verändern, in denen leider immer noch viele einfach TerroristInnen sehen.

Zur Person

Judith Welz reiste mit der Frauendele-gation der Palästina-Solidarität im Frühling 2005 nach Palästina. Sie studiert Kultur- und Sozialanthropologie an der Université de Provence in Marseille und Politikwissenschaft an der Universität Wien. Von der Uni Wien hat sie ein 3-monatiges Stipendium für einen Forschungsaufenthalt in Palästina erhalten. Das Thema lautet: Politische TouristInnen und internationale bzw. israelische AktivistInnen in der Westbank.

Informationen zur erwähnten Konferenz in Bilin unter:
<http://www.bilin-village.org/conference2007>



Impressum

HerausgeberInnen: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel und Palästina-Komitee Zürich, Postfach 1911, 8031 Zürich,
Redaktion: Corinne Sieber (cs), Stephanie Selg (step), Urs Diethelm (ud), Valérie Meyer (val)
Korrektur/Lektorat: Alena Wehrli, Urs Näf
Layout & Gestaltung: Lorenza Diaz